HALLE ★ *Die Stadt*

Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2006/05898**
Datum: 27.06.2006
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Yousif, Mohamed

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	19.07.2006	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Aussiedler- und Flüchtlingsheimen in der Stadt Halle (Saale)

Laut Presseinformationen ist die Anzahl der neuen Aussiedler und Asylbewerber in Deutschland in den letzen 5 Jahren jährlich rückläufig.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. Wie ist die Entwicklung der Anzahl der Aussiedler, Asylbewerber und geduldeter Flüchtlinge in den letzten 5 Jahren in der Stadt Halle (per 30.06.2006)?
2. Wie ist die Auslastung der einzelnen Wohnheime per 30.06.2006 aufgeschlüsselt – nach Aussiedlern und Flüchtlingen sowie nach Alter und Geschlecht?
3. Die Aufschlüsselung der Flüchtlinge nach Aufenthaltsstatus und Herkunftsland ist anzugeben!
4. Welche Kosten entstehen im Jahr 2006 der Stadt Halle (Saale) für die Unterbringung in den Wohnheimen zusätzlich zu der Finanzierung durch das Land?
5. Wie hoch sind die Kosten je belegten bzw. nicht belegten Heimplatzes?
6. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Wohn- und Betreuungssituation in den Wohnheimen ein? Wie und wann erfolgt die Kontrolle der Einhaltung der Qualitätsvorgaben der Unterbringung durch die Stadtverwaltung?
7. Ist im Zusammenhang mit dem stetigen Rückgang der Anzahl der neuen Aussiedler und Asylbewerber eine Reduzierung an Heimen und Heimplätzen vorgesehen?

gez. Dr. Mohamed Yousif
Stadtrat

Stadt Halle
Geschäftsbereich V – Jugend,
Soziales und Gesundheit

Halle, 7.7.2006

Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif(PDS) – Die Linkspartei.PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) – zu Aussiedler- und Flüchtlingsheimen in der Stadt Halle (Saale)

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

In den letzten Jahren ist ein kontinuierlicher Rückgang der Zuweisungen von Aussiedlern, Kontingentflüchtlingen und Asylbewerbern zu verzeichnen. Lediglich die Zahl der geduldeten Personen stagniert, da in vielen Fällen nach dem Abschluss des Asylverfahrens eine Ausreise nicht erfolgen kann und dieser Personenkreis in der Stadt verweilt.

Zuweisungen	**2001**	**2006 (Stand 30.06.06)**
Aussiedler	121	26
Kontingentflüchtlinge	74	19
Asylbewerber	316	32

zu 2./3.

Kapazität/Auslastung der Wohnheime(Stand 30.06.06)

Dölauer Str. 91	105/85- 81%
Raffineriestraße 43 b	68/51 - 75%
Ludwig- Wucherer- Str. 40	84/14 - 16%
Wilhelm- Külz- Str. 22	51/15 - 30%

In den Wohnheimen Dölauer Str. und Raffineriestraße leben Asylbewerber und geduldete Personen, wobei sich im Heim des DRK vorwiegend Familien aufhalten. Die Raffineriestraße wird von allein stehenden Männern bewohnt.

Ludwig-Wucherer-Straße und Wilhelm-Külz-Straße sind Aussiedler- und Kontingentflüchtlingsfamilien vorbehalten.

In allen Heimen sind insgesamt 31 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wohnhaft.

Asylbewerber und geduldete Bewohner stammen aus den folgenden Herkunftsländern:

Liberia	01
Mongolei	01
Kamerun	04
Sonstige Asiaten	13
Irak	19
Russ. Föderation	14
Eritrea	17
Syrien	06
Vietnam	17
Äthiopien	09
Türkei	05
Ghana	03
Togo	01
Zaire	01
ehem. Jugosl.	03
Afghanistan	01
Sudan	02
Algerien	02
Burkina Faso	03
China	01
Niger	01
Sierra Leone	01
Ungeklärt	11

zu 4.

Die Zuweisungen für den Wohnheimbetrieb erfolgen seit 2004 nicht mehr für die unmittelbaren Wohnheimplätze, sondern im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Die Zuweisungen für diesen Personenkreis ermitteln sich auf der Basis der tatsächlich aufgewendeten Kosten (einschließlich der Kosten für nicht belegte Heimplätze) anhand der tatsächlichen Zuweisungszahlen. Dabei werden maximal 90 % der aufgewendeten Kosten erstattet.

Aufgrund des veränderten Verteilungssystems nach dem FAG können die Aufwendungen für den Wohnheimbetrieb nicht mehr separat dargestellt werden. Die tatsächlichen Aufwendungen, die dem oben erwähnten Verteilungsschlüssel zugrunde liegen, umfassen nicht nur die Wohnheimkosten, sondern auch alle anderen Leistungen an den Personenkreis (Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Heimkosten, KdU bei dezentraler Unterbringung usw.). Die Zuweisungen in den Jahren 2004 und 2005 beliefen sich jeweils auf rund 90 % der im gleichen Jahr erforderlichen Gesamtaufwendungen. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die Heimkosten im gleichen Umfang davon profitieren.

Bei vollständiger Auslastung aller Heimplätze würden in 2006 Kosten in Höhe von 828.000 € entstehen. Da die Kapazitäten jedoch nicht ausgelastet sind, dürfte der tatsächliche Betrag zum Jahresende deutlich niedriger liegen.

zu 5.

Die Kosten für belegte und unbelegte Plätze sind in den Verträgen über die Unterbringung und Betreuung von Personen nach § 1 Abs. 1 Aufnahmegesetz LSA geregelt. Für belegte Plätze werden im Durchschnitt 7,50 € gezahlt, für unbelegte Plätze im Durchschnitt 5,03 € pro Tag.

	belegte Plätze	unbelegte Plätze
Dölauer Str. 91	**7, 50 €**	**6, 10 €**
Raffineriestr. 43 b	**7, 50 €**	**4, 50 €**
Ludwig- Wucherer- Str. 40	**7, 40 €**	**4, 70 €**
Wilhelm- Külz- Str. 22	**7, 50 €**	**4, 80 €**

Bei den €- Beträgen handelt es sich um die jeweiligen Tagessätze.

zu 6.

Für alle Wohnheimbetreiber gelten die Grundsätze über die Unterbringung von Personen nach § 1 Abs. 1 Aufnahmegesetz LSA in Gemeinschaftsunterkünften. Die hier festgeschriebenen Standards werden von allen Betreibern eingehalten. Die Stadtverwaltung ist durch das Ressort 50. 4 in ständigem Kontakt zu den Betreibern und Mitarbeitern der vertraglich gebundenen Wohnheime.

Kontrollen vor Ort werden regelmäßig(ca. alle 1 - 2 Monate) von den Mitarbeitern des Ressort 50.4 durchgeführt.

Soweit Mängel zu erkennen sind, ergeht die Aufforderung, dass diese abzustellen sind. Nachhaltige Verstöße gegen die Unterbringungsgrundsätze waren in der Vergangenheit jedoch nicht festzustellen.

Die Einhaltung der, in der Bundesrepublik Deutschland geltenden, hygienischen Voraussetzungen wird regelmäßig vom Fachbereich 53 überwacht.

zu 7.

Wie von den Stadträten beschlossen, werden die Verträge jeweils für die Laufzeit von einem Jahr vereinbart. Bei Bedarf hat die Stadt die Möglichkeit, eine Option für ein weiteres Jahr zu ziehen. Hier gibt der Vertrag die Möglichkeit, neu über die Kapazitäten zu verhandeln. Somit kann auf Schwankungen reagiert werden.

Für das laufende Jahr wurden die Kapazitäten um 25 % reduziert.

Für 2007 wird die Möglichkeit der Option nicht genutzt. Augenblicklich läuft ein neues Vergabeverfahren, bei diesem sollen, entsprechend der veränderten Zuweisungen, wiederum weniger Wohnheimplätze vertraglich gebunden werden.

Szabados
Bürgermeisterin